STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 23.09.2021

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 23.09.2021

Beginn: 18:15 Uhr Ende 20:19 Uhr

Ort: der Alten Synagoge

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Georg Wittmann

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald ohne Ziffer 6

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

Stadtrat Dirk Wittmann ohne 11.2

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May ohne Ziffer 11.1

Stadtrat Siegfried Müller

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Bianca Tröge ab 18.15 Uhr, Ziffer 1

AfD-Stadtratsgruppe

Stadtrat Lars Goldbach ohne Ziffern 4, 5, 6, 7, 8

BP-StadtratsgruppeStadtrat Uwe Hartmann

fraktionslos

Bürgermeisterin Astrid Glos

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Schriftführerin

Verwaltungsfachwirtin Lisa Spiller

Berichterstatter

Archivarin Doris Badel für Ziffern 4, 5

Stabsstelle Claudia Biebl

Stadtkämmerin Elisa Dietenberger Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Verwaltungsrätin Karin Pabst Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Verwaltungsinspektor Jonas Wirth für Ziffer 3

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Tobias Volk

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

<u>Stadtrat Paul</u> erkundigt sich, wieso laut Anlage zum öffentlichen Berichtswesen (Stadtratsanträge zur Behandlung) der Antrag "Überarbeitung B-Plan Unterer Fuchsgraben" für heute terminiert, jedoch nicht auf der Tagesordnung sei.

Bauamtsleiter Graumann möchte den Antrag in der übernächsten Sitzung behandeln, da dann bereits die Abwägung erfolgt sei.

Ansonsten bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 08.07.2021 und 22.07.2021 und des Haupt-, Finanz- und Kulturausschusses vom 06.07.2021

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 08.07.2021 und 22.07.2021 und des Haupt-, Finanz- und Kulturausschusses vom 06.07.2021 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Breitbandausbau in Kitzingen; Kooperation mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH / VORSTELLUNG

Oberbürgermeister Güntner begrüßt Frau Emmerling, welche anhand der der Niederschrift als Anlage 1 beiliegenden Präsentation die geplanten Aktivitäten der Fa. Deutsche Glasfaser vorstellt.

<u>Stadtrat Pauluhn</u> erfragt das Mitspracherecht der Kommune am Verfahren und die Dauer der Maßnahme.

Laut <u>Frau Emmerling</u> hat die Kommune beim Ausbau der Polygone ein Mitspracherecht, hier können ggf. noch weitere Gebiete miteinbezogen werden, die Maßnahme würde ca. 2 Jahre dauern.

Oberbürgermeister Güntner informiert, Grundlage für die Ausführung sei eine Beteiligung der Anwohner der beteiligten Gebiete von mind. 33 %.

<u>Stadtrat Moser</u> schlägt vor, ggf. im Kooperationsvertrag zu regeln, dass örtliche Baufirmen für die Baumaßnahmen herangezogen werden.

<u>Frau Emmerling</u> entgegnet, dass das nicht möglich sei; die Fa. Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH habe feste Verträge mit großen Baupartnern für ganz Deutschland.

Ortssprecher Pfrenzinger äußert Bedenken bezügl. der vorgestellten Verlegetiefe; mit der verringerten Tiefe von 40 cm habe er als stellvertretender Bauhofsleiter keine positiven Erfahrungen gemacht. Bereits bei kleineren Straßen- oder Gärtnerarbeiten würden die verlegten Leitungen die Arbeiten beeinträchtigen. Er plädiert, trotz Mehraufwand, für eine Verlegetiefe von 60-80 cm.

<u>Frau Emmerling</u> erklärt, dass sei auch das gängige Verfahren der Konkurrenzfirmen und spricht sich deutlich dafür aus, schließt die Umsetzung einer anderen Tiefe jedoch nicht gänzlich aus.

Solche Detailfragen würden laut <u>Oberbürgermeister Güntner</u> jedoch erst in der nächsten Sitzung thematisiert.

<u>Stadtrat Sanzenbacher</u> erfragt, ob der Verbraucher das ausgelegte Netz auch durch den Dienst anderer Betreiber nutzen könne, was <u>Frau Emmerling</u> bestätigt. Es handle sich um ein offenes Netz.

<u>Stadtrat Pauluhn</u> hinterfragt die Vertragsdauer von 30 Jahren, wenn die Maßnahme nach 2 Jahren bereits fertiggestellt sei.

Frau Emmerling begründet dies mit dem Rahmenvertrag mit den Investoren.

Nach Ende der Diskussion bedankt sich <u>Oberbürgermeister Güntner</u> bei <u>Frau Emmerling</u> für die Vorstellung.

3. EU-weite Ausschreibung im beschleunigten offenen Verfahren gem. VgV; hier: Lieferung von mobilen Luftfiltergeräten mit Filtertechnologie für die Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft Vorlage: 2021/202

Oberbürgermeister Güntner gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ein Auftrag für mobile Luftfiltergeräten für die Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft im beschleunigten offenen Verfahren gem. VgV vergeben wurde.

Ohne Abstimmung

- Vom Sachvortrag 2021/102 samt Ausschreibungsergebnisse wird Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung erfolgte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.
- 4. Umbenennung der Siegfried-Wilke-Straße; hier: Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 24.10.1991 Vorlage: 2021/207

Oberbürgermeister Güntner stellt den Sachverhalt kurz dar; die Stadt Kitzingen wurde auf die NS-Vergangenheit von Herrn Siegfried Wilke hingewiesen, nach intensiver Recherche von Stadtarchivarin Frau Badel spricht die Verwaltung die eindeutige Empfehlung aus, die Straße umzubenennen.

<u>Stadtrat Pauluhn</u> erkundigt sich diesbezüglich nach weiteren möglichen Schritten. Laut <u>Oberbürgermeister Güntner</u> sei nicht angedacht, sämtliche Kitzinger Straßennamen auf historische Vorbelastung zu prüfen, im konkreten Fall sei man der Anfrage jedoch selbstverständlich nachgegangen.

<u>Verwaltungsrat Hartner</u> ergänzt, bei positiver Beschlussfassung wären aus Verwaltungssicht die weiteren Schritte der Verwaltung, das verliehene Ehrenbürgerrecht und das Ehrengrab abzuerkennen. Sollte dem Vorschlag gem. dem nächsten Tagesordnungspunkt gefolgt werden, die Straße in "Dagmar-Voßkühler-Straße" umzubenennen, sei eine Tafel mit Hintergründen und Erklärungen zur Umbenennung vor Ort angedacht.

<u>Bürgermeisterin Glos</u> schlägt vor, die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts und des Ehrengrabes in dieser Sitzung zu beschließen; für die Erweiterung des Beschlusses würde es laut <u>Oberbürgermeister Güntner</u> jedoch an der Dringlichkeit oder alternativ an der Anwesenheit aller Mitglieder fehlen.

<u>Stadtrat Goldbach</u> stellt die Frage in den Raum, wie sich ein positiver Beschluss auf das Bundesverdienstkreuz auswirken würde.

Stadtrat Hartmann stellt den Antrag,

- 1. die Umbenennung der Siegfried-Wilke-Straße zu vertagen bis eine Verwaltungsanalyse über alle Straßen mit fragwürdigem Hintergrund erstellt ist
- 2. den Auftrag an die Verwaltung zu geben, alle relevanten Straßen aufzulisten

und Alternativvorschläge für die Umbenennung zu unterbreiten.

<u>Stadtrat Müller</u> spricht sich für die Beendigung der Diskussion und für Beschlussfassung zur Umbenennung der Straße in dieser Sitzung aus, dem stimmt <u>Stadtrat Heisel</u> ausdrücklich zu.

Oberbürgermeister Güntner gibt den Antrag von Stadtrat Hartmann zur Abstimmung:

abgelehnt dafür 3 dagegen 24

<u>Oberbürgermeister Güntner</u> stellt fest, dass mit dem Antrag von Stadtrat Hartmann kein Einverständnis besteht und gibt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

- 1. Vom Sachvertrag 2021/207 wird Kenntnis genommen
- 2. Es besteht Einverständnis, den Stadtrats-Beschluss vom 24.10.1991 zur Benennung der Siegfried-Wilke-Straße aufzuheben.
- 5. Festlegung von Straßennamen;

hier: Umbenennung der Siegfried-Wilke-Straße

Vorlage: 2021/208

Oberbürgermeister Güntner verweist auf den Sachvortrag 2021/208.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

- 1. Vom Sachvortrag 2021/208 wird Kenntnis genommen
- 2. Es besteht Einverständnis die bisherige Siegfried-Wilke-Straße in "Dagmar-Voßkühler-Straße" umzubenennen
- Aufhebung der Satzung für das Städtische Museum Kitzingen (Museumssatzung) vom 15.12.1980; hier: Erlass der Aufhebungssatzung Vorlage: 2020/175

Oberbürgermeister Güntner verweist auf den bereits vollzogenen Beschluss das Städtische Museum zu schließen; die Aufhebung der Museumssatzung sei nun der nächste Schritt.

<u>Stadtrat Christof</u> bittet um Auskunft, ob eine Bestandsaufnahme der Gegenstände stattgefunden habe, was <u>Verwaltungsrat Hartner</u> verneint; die Bestände seien übernommen worden wie gehabt. Die Anforderungen der Exponate an die Temperatur, Luftfeuchtigkeit etc. würden selbstverständlich weiterhin gewährleistet werden.

Auch <u>Oberbürgermeister Güntner</u> beteuert, jede Anfrage auf Rückgabe werde sorgfältig geprüft, alle Exponate werden fachmännisch gelagert.

<u>Stadträtin Schmidt</u> stellt zur Diskussion, ob die Satzung nicht für alle Fälle beibehalten werden könne. <u>Rechtsdirektorin Schmöger</u> stellt klar, eine Nutzungssatzung ohne Nutzung sei wenig sinnvoll, des Weiteren könne bei Bedarf jederzeit eine neue Satzung erlassen werden.

beschlossen dafür 23 dagegen 3

- 1. Vom Sachvortrag 2020/175 wird Kenntnis genommen.
- 2. Es wird folgende Aufhebungssatzung beschlossen:

Die Stadt Kitzingen erlässt aufgrund von Art. 23 und 24 Abs. 1 Ziffer 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBI. S. 796) folgende

Aufhebungssatzung zur Satzung für das Städtische Museum Kitzingen (Museumssatzung)

§ 1 Aufhebung

Die Satzung für das Städtische Museum Kitzingen (Museumssatzung) vom 15.12.1980 wird aufgehoben.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Aufhebungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kitzingen,STADT KITZINGEN
Stefan Güntner
Oberbürgermeister

7. Budget "Städt. Museum"; hier: Auflösung des Budgets

Vorlage: 2021/205

Oberbürgermeister Güntner erklärt, die Aufhebung des Budgets sei der nächste Schritt zur Abwicklung des Städtischen Museums.

Bei sonstigen anfallenden Kosten würden laut <u>Verwaltungsrat Hartner</u> Mittel unter dem Unterabschnitt "Heimat- und Kulturpflege" bereitstehen.

beschlossen dafür 25 dagegen 2

- 1. Vom Sachvortrag Nr. 2021/205 wird Kenntnis genommen.
- 2. Es besteht Einverständnis, das Budget "Städt. Museum" zum Haushaltsjahr 2022 aufzulösen.

8. Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale im Friedhof Hohenfeld gem. § 34 der Friedhofs- und Bestattungssatzung Vorlage: 2021/190

beschlossen dafür 27 dagegen 0

- 1. Vom Sachvortrag 2021/190 wird Kenntnis genommen.
- 2. Es besteht Einverständnis, die in der Anlage 1 genannten Gräber bzw. Grabmale im Friedhof Hohenfeld als "künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale" und damit als erhaltenswert anzuerkennen und sie in das Verzeichnis gemäß § 34 der Satzung über die Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen (Friedhofs- und Bestattungssatzung) aufzunehmen.
- 3. Es besteht Einverständnis, mit den in dieses Verzeichnis aufgenommenen Grabmalen im Friedhof Hohenfeld wie folgt umzugehen:
 - a) Vor Ablauf der Nutzungszeit der Grabrechte ist im Einzelfall jede geplante Änderung am Grabmal von der Friedhofsverwaltung mit SG 64 (Bauordnung) als untere Denkmalschutzbehörde abzustimmen.
 - b) Nach Ablauf der Nutzungszeit der Grabrechte übernimmt die Stadt unentgeltlich das Eigentum an dem schützenswerten Grabmal, gestaltet dies gärtnerisch einfach und pflegeleicht und erhält es. In diesen Grabstätten können künftig Urnenbestattungen gemäß § 21 a der Friedhofs- und Bestattungssatzung erfolgen. Die Gebührenerhebung erfolgt gemäß § 3 Abs. 1 m) der Friedhofsgebührensatzung.
- 9. Satzung der Stadt Kitzingen über die Erhebung der Hundesteuer; hier: Erlass einer neuen Satzung Vorlage: 2021/197

Oberbürgermeister Güntner leitet ein, es handle sich um eine geringfügige Anpassung der Steuersätze; lediglich für Kampfhunde gelte die Neuregelung, dass trotz positivem Wesenstest (Negativzeugnis) die Steuer für Kampfhunde i.H.v. 310 €, statt der für andere Hunde i.H.v. 40 € zu zahlen sei.

<u>Stadtrat Paul</u> merkt an, der vorgeschlagene Steuersatz von 310 € für Kampfhunde liege weit unter dem Durchschnitt der Großen Kreisstädte und beantragt, den Satz auf 400 € zu erhöhen.

<u>Stadtrat Markert</u> spricht sich gegen die geplante Änderung aus, den erhöhten Kampfhunde-Steuersatz trotz Negativzeugnis festzusetzen.

<u>Oberbürgermeister Güntner</u> gibt den Antrag von <u>Stadtrat Paul</u>, den Steuersatz für Kampfhunde von den vorgeschlagenen 310 € auf 400 € zu erhöhen, zur Abstimmung.

beschlossen dafür 15 dagegen 13

Mit dem Antrag von Stadtrat Paul besteht Einverständnis.

<u>Stadtrat Markert</u> beantragt daraufhin, dass der Steuersatz für Kampfhunde nur greift, sofern kein positiver Wesenstest (Negativzeugnis) vorliegt.

abgelehnt dafür 8 dagegen 20

Der Antrag von Stadtrat Markert gilt damit als abgelehnt.

Vor Abstimmung weißt <u>Rechtsdirektorin Schmöger</u> nochmals daraufhin, dass die Beschlussfassung nun den geänderten Steuersatz von 400 € berücksichtigt (Anlage 1, § 5).

beschlossen dafür 22 dagegen 6

- 1. Vom Sachvortrag 2021/197 wird Kenntnis genommen.
- 2. Mit dem Erlass der dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten "Satzung für die Erhebung der Hundesteuer" besteht Einverständnis.

10. Förderantrag;

Sanierung des Mehrzweckbeckens (Schwimmer- und Springerbecken) im Freibad Kitzingen

hier: Sonderförderprogramm Schwimmbadförderung - SPSF

Vorlage: 2021/204

Oberbürgermeister Güntner stellt den Sachvortrag 2021/204 kurz dar.

<u>Bürgermeister Freitag</u> sieht die anstehende Sanierung als Chance, ein beheiztes Becken umzusetzen, um auch Wettbewerbstätigkeit im Freibad zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die Entscheidungsbefugnis des Aufsichtsrates der Stadtbetriebe GmbH, wenn es um Details zur Sanierung gehe. Dieser Beschluss sei lediglich die Zusage der Stadt Kitzingen zur finanziellen Sicherung der Maßnahme.

Auch <u>Stadtrat Popp</u> spricht sich für ein beheiztes Becken aus. Bereits in der Vergangenheit war diese Maßnahme beinahe umgesetzt worden, scheiterte aber dann am Rücktritt aus dem Vertrag des günstigsten Anbieters.

<u>Frau Hick</u> teilt mit, durch die bestehende Gegenstromanlage des Freibades sei eine hohe Wassertiefe einzuhalten, was dementsprechend zu einer großen vorhandenen Wassermenge führt. Das Beheizen dieser großen Wassermengen würde zu hohen Heizkosten führen.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

- 1. Vom Sachvortrag Nr. 2021/204 wird Kenntnis genommen.
- 2. Der Stadtrat stimmt der Sanierung des Mehrzweckbeckens (Schwimmer- und Springerbecken) im Freibad Kitzingen durch die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH zu. Die Ausführung der Sanierungsmaßnahme erfolgt entsprechend

dem Planungsstand der Planungsgesellschaft Hildesheim vom September 2020

Die Gesamtkosten der Sanierungsmaßnahme mit Sprunganlage belaufen sich auf voraussichtlich 2.089.800 € brutto (netto: 1.756.100 €, die Maßnahme der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH ist zu 100 % vorsteuerabzugsberechtigt).

11. Anträge von Fraktionen und Gruppen

11.1. Antrag der KIK Nr. 184; hier: Etablierung einer kommunalen Denkfabrik Vorlage: 2021/191

Stadtrat Christof stellt den Antrag der KIK-Stadtratsgruppe vor:

Die Antragsteller bemängeln, dass das gemeinsame Ziel "Förderung des Gemeinwohls" bei verschiedenen kommunalpolitischen Entscheidungsfindungsprozessen zunehmend aus den Augen gerate und erachten es als notwendig, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, die zukünftige Entwicklung der Stadt.

Bei dem 32-köpfigen Gremium habe es sich in der Vergangenheit als Herausforderung dargestellt, entsprechende Initiativen umzusetzen. Als Lösung schlagen sie ein kleineres Gremium, die "Kommunale Denkfabrik" vor, besetzt durch Stadträte/Stadträtinnen, die ihr Wissen, ihre Beziehungen und ihre Kreativität einbringen sollen, um die Zukunft der Stadt Kitzingen zu entwickeln.

abgelehnt dafür 10 dagegen 17

Beschlussvorschlag der Kommunalen Initiative Kitzingen:

 Die Kommunale Initiative Kitzingen beantragt die sofortige Einsetzung einer Kommunalen Denkfabrik im Status eines Beirates. Dieser "Beirat" sollte ab September 2021 implementiert werden und seine Beratungen aufnehmen können.

11.2. Antrag vom 27.01.2021 Bündnis 90/Die Grünen zu den Haushaltsberatungen; hier: Bereitstellung von weiteren Mitteln für Gehölzpflanzungen und mobiles Grün

Vorlage: 2021/194

<u>Stadtrat Sanzenbacher</u> legt dar, das "mobile Grün" sei eine gute Lösung zur Innenstadtbegrünung an Standorten die frei von jeglichem Grün sind oder für Standorte, an denen ein Baum gefällt werden musste. Die Pflanzen können einige Jahre in den mobilen Gefäßen verbleiben, ehe sie umgesetzt werden müssen.

<u>Umweltreferent Hartmann</u> erteilt im Namen des gesamten Umweltbeirates die Zustimmung zum Antrag. Er schlägt vor, den Bereich des Marktplatzes und der Kanzler-Stürtzel-Straße mitaufzunehmen.

beschlossen dafür 26 dagegen 1

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

- 1. Vom Sachvortrag 2021/194 wird Kenntnis genommen.
- 2. Die bei Haushaltsstelle 6300.9350 vorhandenen Mittel in Höhe von 5.000 € werden für das Haushaltsjahr 2021 um 15.000 € auf 20.000 € erweitert. Die Deckung erfolgt durch Ausgabeeinsparungen auf Haushaltsstelle 6402.9596.

12. Berichtswesen

<u>Oberbürgermeister Güntner</u> verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 23.09.2021.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

<u>Stadtrat Moser</u> erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand zum Städtebaulichen Wettbewerb "Kaiserstraße/Königsplatz".

<u>Bauamtsleiter Graumann</u> erklärt, die Beschlussfassung erfolgte im Mai 2021 mit angesetztem Termin 01.12.2021. Das Thema würde in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsbeirates behandelt werden.

<u>Stadtrat Paul</u> erkundigt sich nach den Kosten für den Bauwagen in der Alemannenstraße; <u>Stadtkämmerin Dietenberger</u> sagte zu, dies nachzumelden.

Stadtrat Paul erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Florian-Geyer-Halle nach den anstehenden Umbaumaßnahmen als Veranstaltungshalle zu nutzen. Laut Oberbürgermeister Güntner sei das im Moment noch nicht möglich; vorher würden erst Umbaumaßnahmen und ein Antrag auf Nutzungsänderung anstehen; als letzter Schritt sei die Nutzungssatzung der Halle zu ändern. Er hält eine Umsetzung bis Februar 2022 möglich.

<u>Stadtrat Hartmann</u> informiert über die 36 Baumfällungen; Fällungen der Akazien in der Bismarckstraße 3 mussten aufgrund von Faulstellen erfolgen; die Ersatzpflanzungen hierfür würden noch genannt werden.

13. Sonstiges

13.1. Antrag von Stadtrat Christof; Zustand Grabstätten Friedhof

Stadtrat Christof möchte, anlässlich der Behandlung des Tagesordnungspunktes 8 "Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale im Friedhof Hohenfeld gem. § 34 der Friedhofs- und Bestattungssatzung", auf den schlechten Zustand von ca. 32 unbelegten Grabstellen entlang der Friedhofsmauern aufmerksam machen. Durch die Entfernung der Grabsteine und Namenstafeln seien Ruinen entstanden, die das Gesamtbild des Friedhofs stark beeinträchtigen. Er gibt wieder, die Verwaltung sei aus datenschutzrechtlichen Gründen verpflichtet, nach Ablauf der Pachtzeit die Grabsteine zu entfernen, plädiert in solchen Fällen jedoch darauf, die entstandene Lücke fachgerecht zu schließen oder sich mit den Hinterbliebenen auf den Verbleib der Namensplatte bis zur Neubelegung zu einigen.

13.2. Anfrage von Stadtrat Paul; **Investitionen Haushalt 2021**

Stadtrat Paul erfragt den Stand der Investitionen im laufenden Haushaltsjahr.

Stadtkämmerin Dietenberger wird die Ergebnisse nach Ende des 3. Quartals aufzeigen; ein Bericht zum Ende des Halbjahres sei aufgrund der Verschiebung von Baumaßnahmen, bedingt durch die haushaltslose Zeit, nicht aussagekräftig.

13.3. Anfrage von Stadtrat Popp; Stand Tierheim Kitzingen

Stadtrat Popp erkundigt sich nach dem Stand zum Thema "Tierheim Kitzingen".

Oberbürgermeister Güntner informiert, dem Tierheim wurde seitens der Verwaltung ein Grundstück vorgeschlagen. Demnächst fände ein interner Termin hierzu statt, anschließend werde auf den Tierschutzverein zugegangen.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 20:19 Uhr.

Vorsitz Schriftführung

Stefan Güntner Lisa Spiller Oberbürgermeister

Verwaltungsfachwirtin